



Medieninfo

29. September 2026

Carsten Burckhardt kündigt Widerstand gegen Sozialabbau an

Grundsatzreferat des neuen IG BAU-Bundesvorsitzenden auf dem Gewerkschaftstag in Kassel

Kassel – Der neue Bundesvorsitzende der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), Carsten Burckhardt, hat in seinem Grundsatzreferat auf dem Gewerkschaftstag in Kassel Widerstand gegen Einschnitte bei Rente, Arbeitszeit und Sozialstaat angekündigt. Er warnte davor, den Acht-Stunden-Tag zu kippen. Mit der IG BAU werde es kein Rütteln am Sozialstaat geben. Ein klares Stoppschild setzte Burckhardt bei den Plänen der Bundesregierung zur Rentenreform: „Es darf keine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters geben. Ebenso keine Absenkung des Rentenniveaus. 45 Beitragsjahre müssen reichen - ohne Abschläge“, sagte der Gewerkschaftsvorsitzende.

Zudem müsse das Rentenniveau ein gutes Leben im Alter ermöglichen. „Die Rente braucht dringend einen ‚Muskelkraft-Faktor‘: Wer hart arbeitet, muss auch früher in Rente gehen können - ohne Abschläge. Denn Job ist nicht gleich Job. Wer körperlich hart arbeitet, hat früher die volle Rente verdient.“ Die vorliegenden Rentenpläne der Bundesregierung seien nichts anderes als eine versteckte Rentenkürzung und eine „Respektlosigkeit gegenüber der Lebensleistung von Beschäftigten - insbesondere auch auf dem Bau, in der Gebäudereinigung, in der Landwirtschaft und im Forst“, sagte Burckhardt.

Die anstehenden Reformen dürften nicht auf Kosten der Beschäftigten gehen. Der IG BAU-Chef forderte die Einführung einer Reichensteuer, die Abschöpfung von Übergewinnen und niedrigere Energiekosten für Haushalte und Industrie. „Außerdem muss die Bundesregierung Wort halten und Steuerhinterziehung dringend effektiv bekämpfen. Nach Schätzungen von Experten geht es hier um eine Summe von rund 100 Milliarden Euro, die dem Staat Jahr für Jahr verlorengehen.“ Von Kassel gehe damit ein klares Signal



Industriegewerkschaft
Bauen-Agrar-Umwelt

Richtung Berlin - gegen Sozialabbau, gegen den Abbau von Arbeitnehmerrechten und gegen eine „Politik der Umverteilung von unten nach oben“ aus.